

31.10.1517 – Martin Luther schlägt seine 95 Thesen zur Reformierung der Kirche an die Wittenberger Stadtkirche

09.11.1938 – Unter der Bezeichnung „Kristallnacht“ kommt es deutschlandweit zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung

10.11.1994 – Stephan Heym eröffnet als Alterspräsident des 13. Deutschen Bundestag

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

19. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

30. Oktober 2012

EINLADUNG 5 Jahre DIE LINKE Feierstunde zum 5. Jahrestag der Gründung der LINKEN

Am Vorabend des Landesparteitages wollen wir erinnern, bilanzieren und vorausschauen: Wo steht DIE LINKE nach der Verschmelzung zwischen der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) im Juni 2007? Welche Bedeutung hatte die Verschmelzung für die ostdeutschen Landesverbände knapp 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung? Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl stehen wir vor der Herausforderung, die Erwartungen an eine vereinte LINKE in Ost und West zu erfüllen. Nach den Wahlerfolgen 2005 und 2009 kämpft DIE LINKE in neuer politischer Gesamtkonstellation um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler – und um die geeignete Profilierung aus Stärken und unterschiedlichen Perspektiven in der Partei.

Wir laden Delegierte und Gäste herzlich zur Feierstunde ein: Politisches, Besinnliches, Heiteres zum fünften Jahrestag der LINKEN.

Birke Bull, Landesvorsitzende

Jenny Schulz, Landesgeschäftsführerin

ZEIT UND ORT

16. November 2012
19.00 Uhr - 21.00 Uhr

Ramada-Hotel Leipzig-Halle
Hansaplatz 1,
06188 Halle

(!) Adresse für das Navi:
Zöberitzer Str.1, 06188 Peißen

ABLAUF

19.00 Uhr Begrüßung

Birke Bull, Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

19.10 Uhr Podiumsdiskussion

Wo steht DIE LINKE?

Podium:

Roland Teichmann, 2006–2007 Vorsitzender der WASG Sachsen-Anhalt, Mitglied der Verhandlungsgruppe zwischen WASG und LINKSPARTEI.PDS im Jahr 2007,

Jutta Fiedler, Mitglied der WASG bis 2007, Mitglied der Linksfraktion 2006–2011,

Matthias Höhn, Landesvorsitzender der PDS und LINKEN 2005–2012, Mitglied der Verhandlungsgruppe 2007, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE seit Juni 2012

Moderation:

Birke Bull, Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

20.15 Uhr Lesung

Jan Korte, geboren 1977 in Niedersachsen, kommt 2005 als »Westimport« nach Sachsen-Anhalt. Als Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Anhalt begegnet er nicht nur den Sorgen und Erwartungen der Leute vor Ort, sondern ebenso den Eigenarten und Gewohnheiten im Osten Deutschlands. Mittlerweile kennt er sich hier gut aus – Zeit also, uns den Spiegel vorzuhalten. Korte liest vorab aus seinem neuen Buch mit **Glossen aus dem Osten**.

Ab 21.00 Uhr Ausklang

mit weiteren Statements aus der und über die Linken

INFOS Für die Anmeldung sowie weitere Informationen wendet Euch bitte an **Monika Krüger**, Telefon 0391-732 4840 oder E-Mail: lgst(at)dielinke-isa.de

Mitfahrgelegenheiten für das Parteitagswochenende: siehe Seite -4-

DIE LINKE, Sachsen-Anhalt, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

An alle

Mitglieder der Stadt- bzw. Kreisvorstände,
Vorsitzenden der Basisorganisationen,
kommunalen MandatsträgerInnen,
Bundestags- und Landtagsabgeordneten,
WahlkreismitarbeiterInnen,
Delegierten des Bundes- und Landesparteitages,
Mitglieder des Bundes- und Landesausschusses

**der Kreisverbände Saalekreis und Burgenlandkreis
und des Stadtverbandes Halle**

Birke Bull

Landesvorsitzende
Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon 0391 /7 32 48 40
Telefax 0391 /7 32 48 48

lv@dielinke-isa.de
www.dielinke-isa.de

Spenden
Deutsche Bank AG
Konto-Nr. 118 825 901
BLZ 810 700 24

Magdeburg, 17. Oktober 2012

Regionalkonferenz am 02. November 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht von ungefähr richtet sich der Fokus aller unserer Gliederungen der Partei zunehmend auf die im kommenden Jahr stattfindenden Bundestagswahlen. Wir wollen und müssen wieder eine starke LINKE Fraktion in den Bundestag entsenden. Das ist gut vorzubereiten und aus diesem Grunde werden wir dies zum Landesparteitag am 17. November 2012 mit dem Leitantrag des Landesvorstandes thematisieren.

Im Zeitraum September bis November 2012 werden in allen fünf Regionen des Landesverbandes durch den Landesvorstand und die jeweiligen Stadt- und Kreisvorstände Konferenzen durchgeführt, zu denen **ich Euch alle sehr herzlich einlade**.

Die **Regionalkonferenz Südliches Sachsen-Anhalt** findet statt am
Freitag, den 02. November 2012, um 17.00 Uhr
im Kulturhaus Weißenfels, Merseburger Straße 4, in 06667 Weißenfels.

Wir möchten die Regionalkonferenzen in Vorbereitung des Landesparteitages nutzen, um mit Euch frühzeitig über unsere inhaltliche und strategische Positionierung für die Bundestagswahl 2013 zu diskutieren.

Ebenso geht es um einen Meinungs austausch zum Konzept für Personal- und Mitgliederentwicklung, das seit dem Sommer in den Gliederungen diskutiert wird und zum Landesparteitag beschlossen werden soll.

Ich bitte Euch, von dieser Möglichkeit des Informations- und Erfahrungsaustausches regen Gebrauch zu machen und freue mich auf eine spannende Veranstaltung.

Wir rechnen mit dem Ende der Veranstaltung gegen 20.00 Uhr, für den Erwerb von Imbiss und Getränken ist gesorgt.

Mit vorheriger Anmeldung besteht die Möglichkeit einer Kinderbetreuung während der Regionalkonferenz. Wir bitten Euch bei Bedarf unseren Mitarbeiter Siegfried Schulze unter der Tel.: 03461/213180 oder per Email sued-isa@dielinke-isa.de bis spätestens 01. November 2012 zu kontaktieren.

Mit solidarischen Grüßen



Birke Bull
Landesvorsitzende

Finanzen aller Länder, gleicht Euch aus!

Crazy Horst und das Grundgesetz

Von Gerhard Strohmaier

Ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst des Länderfinanzausgleichs. So jedenfalls könnte man meinen, folgt man den Ausführungen des meinungswendigen, meinungstrendigen Bajuwaren-Häuptlings. „Crazy Horst“, wie er von manchen schon mal gerne genannt wird, will dem in Art. 107 des Grundgesetzes verankerten Institut nämlich den Gar aus machen und dagegen - notfalls allein, also ohne Unterstützung aus Baden-Württemberg und Hessen - vor dem BVerfG klagen. Diese Absicht bekräftigte er erneut auf dem CSU-Parteitag am 21. Oktober. Den Titel nimmt er dabei gerne in Kauf, egal, ob der Beiname ihm in Anlehnung an den wohl berühmtesten Nachtclub der Welt, das „Crazy Horse“ im noblen 8. Pariser Arrondissement¹, oder den gleichnamigen legendären Indianer-Häuptling verliehen wurde. Sexy, nicht crazy, fühlt sich hingegen - ganz kokett - die Bundeskapitale, was der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), Winfried Hassemer, darauf zurückführte, dass so arm sie gar nicht sei, wie zu sein sie vorgebe. Das hat das Land Berlin nämlich getan und vor dem Gericht auf Ergänzungszuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich gem. Art. 107 GG bestanden - erfolglos wenngleich (Urteil vom 19. Oktober 2006 – 2 BvF 3/03 –). Das führt zu mindestens zwei Fragen: Wie sexy also muss erst das westlichste Glied des südostdeutschen Freistaatsgürtels sein? Und: Was eigentlich hat es mit dem den Bürgern weithin unbe-

kannten Länderfinanzausgleich auf sich? Ist er wirklich so gespenstisch, wie Horst Seehofer ihn darstellt, oder am Ende gar schlicht notwendig? Das Institut ist immerhin im Grundgesetz verankert, und da kommt erfahrungsgemäß wenig Überflüssiges rein, schließlich muss sein Inhalt stets mit einer 2/3-Mehrheit in beiden gesetzgebenden Körperschaften, Bundestag und Bundesrat, beschlossen werden.

Um mit der zweiten Frage zu beginnen, Ausgangspunkt ist Art. 107 Abs. 1 S. 1 GG, der die Primärverteilung des Einkommens- und Körperschaftssteueraufkommens dahin regelt, dass es den einzelnen Ländern insoweit zusteht, als die Steuern von den Finanzbehörden in ihrem Gebiet vereinnahmt werden. Dass dies zu Problemen führen kann, zeigt folgendes Beispiel: Die A-GmbH produziere in Hettstedt hochwertige Medizintechnik mit kräftigen Gewinnen. Da der Chef aber seine alpenländische Heimat nicht verlassen möchte, bleibt Sitz der Gesellschaft Berchtesgaden, wo dann auch die Steuern vereinnahmt würden. Sachsen-Anhalt hingegen ginge leer aus. Dass das Rechtens sein nicht kann, liegt auf der Hand. Durch Bundesgesetz sind deshalb - u.a. - für die Körperschaftsteuern nähere Bestimmungen über die Abgrenzung sowie über Art und Umfang der Zerlegung des örtlichen Aufkommens zu treffen.

Diese Regelung will Seehofer nicht angreifen. Sie ist aber Grundlage für den nächsten Schritt, den, an dem sich der Unmut der Christensozis entzündet. Denn um die Her-

stellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Bundesgebiet zu gewährleisten, sind auch nach durchgeführtem Primärausgleich Zahlungen der finanzstarken an die schwächeren Länder notwendig (Art. 107 Abs. 2 S. 1 GG; § 4 Finanzausgleichsgesetz [FAG]). Da die Verteilung in der Vergangenheit von politischen Konflikten überlagert war, die den Kern der Sache oft aus dem Blick verloren, hat das BVerfG im Urteil 2 BvF 2, 3/98; 1, 2/99 v. 11.11.1999 den Gesetzgeber verpflichtet, dem jeweiligen konkreten FAG ein Maßstäbengesetz vorzuschalten, das - ein Unikum, besser noch Fremdkörper, im Verfassungsrecht - in seiner Wertigkeit zwischen der Verfassung und dem einfachgesetzlichen FAG steht und nach dem der Finanzausgleich vorzunehmen ist.

Danach gelten die Verbote der Nivellierung der Finanzkraft, der Verkehrung der Finanzkraftreihenfolge sowie der Aufhebung der Finanzkraftabstände (§ 9 S. 3, 4 MaßstäbeG). Liest man die - sit venia verbo - „kraftstrotzenden“ Kriterien schnell hintereinander, so bleibt im Gedächtnis das Schlagwort „Beibehaltung der Finanzkraftabstände!“ Darauf scheint sich der krachledern krakeelende Kraftmeier „Crazy Horst“ zu berufen. Genau das aber ist falsch. Eine weitgehende Angleichung nämlich ist gerade das, was politisch gewollt und verfassungsrechtlich - Stichwort „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 106 Abs. 3 S. 4 Nr. 2 GG) - geboten ist. Augenscheinlich geht es darum,

auch die ostdeutschen Länder zur Erhebung von Studiengebühren zu veranlassen. Dem ist jedoch eine klare Absage zu erteilen. Gerade das attraktive - weil gebührenlose - Studium ist eine der - wohlge-merkt immernoch wenigen-Chancen des Ostens, seine „verlorene Generation“, die vielen jungen Menschen, die seit 1990 in den

Westen abgewandert sind, zurück-zugewinnen. Denn seit 1990 haben die ostdeutschen Länder 1,6 Mio. Einwohner verloren, vorwiegend junge, darunter deutlich mehr Frauen als Männer. Sicher, das hat auch damit zu tun, dass die Lebenschancen in den westlichen Ländern immer noch deutlich besser sind als im Durchschnitt Ost-

deutschlands.

Doch gerade das gilt es auszugleichen.

Und wenn das - um zur ersten der Ausgangsfragen zurückzukehren - dem bayerischen Sex-Appeal Abbruch tut, kann mit demselben weit her es auch nicht sein. Deshalb, werden Klassiker sucht, muss nach - Paris. Honi soit qui mal y pense.

Jan van Aken

Bundeswehr auf Kriegskurs Mali

„Jetzt hat der Verteidigungsminister endlich die Katze aus dem Sack gelassen. Deutsche Soldaten sollen also in einen Kampfeinsatz in das gesplante Mali geschickt werden. Seit Tagen laboriert die Bundesregierung daran herum, wie genau ein Militäreinsatz in Mali aussehen soll und wie man ihn am besten der deutschen Öffentlichkeit verkauft“, kommentiert der außenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE die jüngste Äußerung des Verteidigungsminister de Maizière zu dem geplanten Auslandseinsatz der Bundeswehr in Mali. Van Aken weiter:

„Anstatt die Gefahr eines zweiten Afghanistan herauf-zubeschwören und den Kampf gegen Terroristen in Mali auszurufen, sollte sich die Bundesregierung endlich Gedanken darüber machen, wie man dem Land wirklich helfen könnte, den Weg aus Gewalt und

Armut zu finden. Ein Militäreinsatz ist dafür das denkbar schlechteste Mittel. Eine weitere Aufrüstung der verschiedenen Konfliktparteien wird nur mehr Gewalt in die gesamte Region tragen und die Versorgung der Hungernden mit Lebensmitteln zum Erliegen bringen. Jahrelang hat die Bundesregierung Mali als afrikanisches Musterland der Demokratie gehätschelt und die schwerwiegenden ökonomischen und politischen Probleme des Landes ignoriert. Doch jetzt, da diese Probleme in offene Gewalt umgeschlagen sind, fällt der Bundesregierung nichts anderes ein, als die erst vor kurzem durch einen Putsch an die Macht gekommene, nicht legitime Regierung Malis mit Militärausbildern zu unterstützen.

DIE LINKE lehnt diesen Kriegskurs ganz entschieden ab und fordert die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien, in deren Zentrum die humanitäre Hilfe für die Bevölkerung stehen muss.“

Mitfahrgelegenheiten für das Parteitagswochenende:

Bereitstellung eines Kleinbusses (7 Mitfahrgelegenheiten) und Koordinierung der Privatanreisen

Freitag, 16. November – 5 Jahre DIE LINKE, Feierstunde zum 5. Jahrestag der Gründung
DIE LINKE

17.30 Uhr Abfahrt Halle-Neustadt (Ernst-Haeckel-Weg 5)

18.15 Uhr Abfahrt Halle (Blumenstr. 16)

Rückfahrt nach Veranstaltungsende (gegebenenfalls in zwei Routen, zuerst Halle, dann Halle-Neustadt)

Samstag, 17. November – 3. Tagung des 3. Landesparteitages der LINKEN Sachsen-Anhalt

8.30 Uhr Kreuzungsbereich Paul-Suhr-Str. / Veszpremer Str.

8.40 Uhr Steintor, Parkplatz Große Steinstraße

9.15 Uhr Abfahrt Halle-Neustadt (Ernst-Haeckel-Weg 5)

Rückfahrt nach dem Parteitag (zuerst Halle, dann Halle-Neustadt)

Die Koordinierung läuft über René Trömel entweder telefonisch über die 0171 4258585
oder per e-mail: post@rene-trömel.de

Aus der letzten Stadtratssitzung

Themengewaltig war die Tagesordnung! Aber dann wurden so wichtige Vorlagen wie z.B. der „Beschluss zum Integrierten Strategiepapier und Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“, der „Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale)“, der „Beschluss zur Kleingartenkonzeption“, der „Brandschutzbedarfsplan“, der Ergänzungsbeschluss zur Vorlage „Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in eine Anstalt des öffentlichen Rechts“ sowie eine Reihe von Anträgen von der Tagesordnung abgesetzt. Es gibt hier noch Beratungsbedarf in den Ausschüssen!

Dafür gab es einige Dringlichkeitsvorlagen, die für Diskussionen sorgten!

Mit der Wahl des jetzigen Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit – Herrn Dr. Wiegand – zum Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird theoretisch die Stelle des Beigeordneten frei. Herr Dr. Wiegand hatte aber den Fraktionsvorsitzenden seine Vorstellungen zur Struktur der Verwaltung mit seinem Amtsantritt mitgeteilt. Er hatte vorgeschlagen, dass er selbst als Oberbürgermeister Teile der bisherigen Aufgaben dieses Dezernates übernehmen und somit auch einen Beigeordneten einsparen wollte. Nicht zuletzt werden damit auch erhebliche Kosten eingespart! Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht von der Mehrheit des Stadtrates angenommen und in der Stadtratssitzung im September wurde die Neuausschreibung beschlossen. Wieder gab es Diskussionen und Beratungen!

Herr Dr. Wiegand kündigte an, dass er diesen 5. Beigeordneten jetzt als „Kulturbeigeordneten“ deklarieren möchte. Das wiederum hatte zur Folge, im Stadtrat entsprechende Beschlüsse zu fassen. In der Fraktionsvorsitzendenrunde gab es erhebliche Diskussionen, ob die vorgeschlagenen Aufgabenbereiche für eine Beigeordnetenstelle ausreichend seien. Das veranlasste uns zu einem Dringlichkeitsantrag. Der Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion beinhaltete aus diesem Grund: 1. Die Aufhebung des Beschlusses vom September (Ausschreibung der Beigeordnetenstelle für Sicherheit und Gesundheit) und 2. die Änderung der Hauptsatzung. In der Hauptsatzung des Stadtrates wird jetzt festgelegt, dass fünf Beigeordnete in der Stadtverwaltung arbeiten. Wir beantragten,

dass nur noch vier Beigeordnete wirken. Damit wollten wir der Intension des zukünftigen Oberbürgermeisters Rechnung tragen und verwiesen gleichzeitig auf das erhebliche Einsparpotential. Der erste Punkt unseres Antrages wurde angenommen, der zweite fand keine Mehrheiten!

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen FDP und MitBürger/Neues Forum, der beinhaltete, dass nun die Ausschreibungen vom Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit in die Ausschreibung eines Beigeordneten für Kultur und Sport „gewandelt“ wird, fand eine Mehrheit!

Der Wahltag wurde für den 30. Januar 2013 festgelegt!

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag, den unsere Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion zur Sicherung von Fördermitteln für Schulen und Kitas aus dem STARK III-Programm für die Jahre ab 2014 gestellt hat, wurde angenommen! Damit wurde die Verwaltung beauftragt, unverzüglich die organisatorischen und fachlichen Voraussetzungen für die Beantragung von Fördermitteln für mindestens 8 Schulen und 8 Kitas/Horte zu schaffen!!

Der Antrag von Petra Sitte zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik wurde in den Planungs- und Hauptausschuss verwiesen. Der Antrag sieht vor, ein Konzept zu entwickeln, wie Daten aus dem Sessionet (Beschlüsse etc.) transparent für BürgerInnen dargestellt werden kann. Auf die Anfrage von Petra Sitte zur Zukunft des Gasometers am Holzplatz erhielten wir u.a. die Antwort, dass eine Nutzung des Gasometers vorerst aus finanziellen Gründen nicht machbar ist. Eine kurze Debatte ergab sich zu einem Antrag der Grünen zur Unterstützung der MLU. Sie forderten den Stadtrat auf, von der Landesregierung und dem Landtag eine angemessene Finanzierung für die MLU zu fordern. Unsere Fraktion hatte dazu einen Änderungsantrag eingebracht, der u.a. die Forderung nach Erhalt der Anzahl der Studienplätze und damit die Kapazität für Forschung und Lehre zu erhalten sowie ein Dialogforum zu initialisieren. Alle diese Anträge wurden ebenfalls in den Hauptausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin

Debatte zum Bundestagswahlprogramm

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

DIE LINKE wird sich bis Juni 2013 ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl geben. Im Vorfeld wollen wir mit allen – ob Mitglieder der Partei, Bündnispartner, Sympathisantinnen und Sympathisanten oder interessierte Bürgerinnen und Bürger – eine intensive Debatte über die wesentlichen Punkte unseres Wahlprogramms führen. Zum einen wollen wir wissen, »wo der Schuh drückt«, welche Probleme der Menschen DIE LINKE in den nächsten Jahren im Bundestag unbedingt verfolgen und lösen muss. Zum anderen wollen wir eine breite Beteiligung organisieren. Unser Ziel ist es, mit Hilfe ganz vieler Meinungen und Anregungen das beste Wahlprogramm aller Parteien zu schreiben.

Bei der Bundestagswahl 2013 wird es um eine Richtungsentscheidung gehen. Für diese Auseinandersetzung benötigen wir den Rat und die Unterstützung vieler Menschen. Für uns steht fest: Wir wollen einen anderen Weg gehen – einen Richtungs- und Politikwechsel vorbereiten, mit allen, die dazu bereit sind. Gerechtigkeit – darum geht es uns. Eine gerechte Gesellschaft ist für alle besser!

Ich wünsche uns allen eine auf- und anregende Programmdebatte.

Ihr und Euer

Matthias Höhn

Bundestagswahlkampfleiter

Der Weg zum besten Wahlprogramm aller Parteien

1. Vorphase (Oktober 2012 bis Februar 2013)

Der Auftakt der Debatte um unser Bundestagswahlprogramm verläuft noch nicht anhand eines konkreten Textvorschlages. Stattdessen haben wir eine Reihe von Leitfragen formuliert – sie sollen als Anregung dienen und sind natürlich nicht abschließend. Dazu debattieren wir online, schriftlich, im Rahmen von Veranstaltungen, Gremiensitzungen, an Infoständen. Im Februar 2013 werden die Ergebnisse der Vorphase zu einem ersten Entwurf zusammengeführt.

2. Diskussion des ersten Entwurfes (Ende Februar 2013 bis April 2013)

Der erste Entwurf für unser Wahlprogramm wird der Partei und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt. Im März finden fünf Regionalkonferenzen statt. Im April 2013 wird dann schließlich mit den Ergebnissen der Debatten der Entwurf für den Leitantrag an den Bundesparteitag erarbeitet und vom Parteivorstand eingereicht.



3. Diskussion zum Leitantrag

Am 18. April 2013 wird der Leitantrag als Vorschlag für unser Wahlprogramm veröffentlicht. Bis zum 30. Mai 2013 können Änderungsanträge an den Leitantrag gestellt werden. In der Zeit bis dahin setzen sich die Delegierten des Bundesparteitages im Rahmen von Delegiertenberatungen mit dem Leitantrag auseinander. Vom 14. bis 16. Juni 2013 findet der Bundesparteitag in Dresden statt. Dort werden die Delegierten das Wahlprogramm beschließen.

Leitfragen für die erste Phase der Debatte

Diese acht Leitfragen strukturieren die erste Phase der Debatte um das beste Wahlprogramm aller Parteien:

Krisenwahrnehmung

Seit Jahren erleben wir in Deutschland und Europa eine Banken- und Finanzkrise mit gravierenden Auswirkungen für die Staatsfinanzen fast aller europäischer Länder: Wie nehmen Sie diese Krise bei sich und in Ihrem Umfeld wahr? Welche Ängste und Befürchtungen für die Zukunft treiben Sie um?

Umgang und Alternativen zur Krisenpolitik

Für welche konkreten politischen Maßnahmen sollte sich DIE LINKE national wie auf europäischer Ebene in den kommenden Jahren einsetzen, um die Krise im Euro-Raum zu bewältigen?

UmFAIRteilung

Einkommen und Vermögen haben sich in den vergangenen Jahren immer ungerechter verteilt. 10 Prozent der Bevölkerung besitzen über 60 Prozent des Ver-

mögens – Tendenz deutlich steigend. Es gibt mehr Millionäre als vor der Krise, während sich gleichzeitig der Staat aufgrund von Bankenrettungen und Konjunkturpakete weiter massiv verschuldet hat. Was sollte DIE LINKE aus ihrer Sicht tun bzw. fordern, um diese Entwicklung umzukehren?

Alltagsprobleme

Mieten steigen, Gas und Strom werden teurer, das Gesundheitssystem ist ungerecht und für Kitas und Schulen fehlt das Geld. Welchen alltäglichen Problemen der Menschen sollte sich DIE LINKE in ihrem Bundestagswahlprogramm besonders annehmen?

Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit, was bedeutet das für Sie? Leben wir in einer gerechten Gesellschaft? Geht es in Deutschland fair zu? Für was sollte DIE LINKE stehen und sich einsetzen, um die Gesellschaft gerechter zu machen?

Energiewende: sozial-ökologischer Umbau

Die Energiewende, der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft, geht nicht voran. Die Solarbranche in Ostdeutschland steht nahezu vor dem Aus. Was fordern Sie von der Partei DIE LINKE?

Frieden/Internationales

Wir sind der Meinung, solange mit Krieg Geld verdient werden kann, wird es immer wieder zu militärischen Konflikten und verheerenden Kriegen auf der Welt kommen. Rüstungsexporte gehören daher grundsätzlich verboten. Was sollte DIE LINKE darüber hinaus in ihrem Bundestagswahlprogramm berücksichtigen, sodass Außenpolitik vor allem wieder Friedenspolitik wird?

Neue Themen

Welche gesellschaftlichen Themen muss DIE LINKE aus ihrer Sicht in ihrem Bundestagswahlprogramm unbedingt berücksichtigen, um verlorene Attraktivität und Unterstützung insbesondere bei der jüngeren Bevölkerung zurückzugewinnen?

Mitmachen, mitdiskutieren. Für das beste Wahlprogramm.

Gemeinsam schreiben wir das Wahlprogramm der LINKEN für die Bundestagswahl 2013. In allen drei Phasen könnt ihr euch in die Debatte um das Wahlprogramm einschalten:

1. Online-Diskussionsplattform

Auf parteidebatte.die-linke.de findet Ihr eine Diskussions- und Abstimmungsplattform. Dort könnt

ihr sofort mitdiskutieren und gemeinsam mit anderen an Vorschlägen für das Wahlprogramm arbeiten.

2. Diskussionsveranstaltungen in den Gliederungen der LINKEN

Die meisten Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der LINKEN werden Diskussionsveranstaltungen zum Bundestagswahlprogramm in allen Phasen anbieten. Die Veranstaltungen sind öffentlich. Hier kann sich jede und jeder sofort einbringen. Im März finden zudem fünf Regionalkonferenzen statt.

3. Schreiben, faxen, mailen

Du hast viele kluge Ideen für das beste Wahlprogramm? Schick sie uns. Per Mail an wahlprogrammdebatte@die-linke.de, per Fax an 030/24009-XXX oder per Post an DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

4. Änderungsanträge stellen

Sobald für den Leitantrag, also der endgültige Entwurf des Wahlprogramms, vom Parteivorstand veröffentlicht wird, können Mitglieder der LINKEN konkrete Änderungsanträge stellen. Das geht entweder schriftlich oder auch über unser Antragstool auf parteidebatte.die-linke.de. Antragschluss ist der 30. Mai 2013.

Elektronische Programmdebatte

Was ist die elektronische Programmdebatte und wie funktioniert das?

Für die Debatte um unser Wahlprogramm haben wir - ähnlich wie in der ersten Phase der Programmdiskussion - auf parteidebatte.die-linke.de eine Debatten- und Antragsplattform eingerichtet. Dort könnt ihr euch direkt in die Debatte einschalten. Die Mitmachmöglichkeiten, die ihr auf der Plattform habt, richten sich nach der jeweiligen Debattenphase.

In der **ersten Phase** könnt Ihr Vorschläge zu den Leitfragen formulieren. Dabei könnt Ihr selbst entscheiden, ob ihr alleine arbeiten wollt, oder ob ihr gemeinsam mit anderen Vorschläge entwickeln möchtet. Unsere Plattform verfügt über alle dazu notwendigen Werkzeuge.

In der **zweiten Phase** liegt bereits ein erster Programmentwurf vor. Auf unserer Plattform habt ihr nun die Möglichkeit, konkret an dem vorliegenden Text zu arbeiten oder Ergänzungen beziehungsweise Streichungen vorzuschlagen. Gegen Ende der Phase können die Parteimitglieder unter den Nutzerinnen und Nutzern der Online-Plattform die Vorschläge mit

einem positiven oder negativen Votum versehen. Die Vorschläge gehen zusammen mit den Voten an den Parteivorstand, der diese in die Erarbeitung des zweiten, endgültigen Entwurfs als Leitantrag einbezieht. In der dritten Phase liegt der Entwurf des Wahlprogramms als Leitantrag vor. Mit der Plattform könnt Ihr nun Änderungsanträge zum Leitantrag alleine oder gemeinsam mit anderen ausarbeiten. Über die Änderungsanträge, die auf der Plattform erarbeitet werden, können die Nutzerinnen und Nutzer, die Parteimitglieder sind, abstimmen. Änderungsanträge, die ein positives Votum und eine bestimmte Mindestbeteiligung erreicht haben, werden dem Parteivorstand zusammen mit dem Votum vorgelegt. Der Parteivorstand entscheidet dann, ob er die Anträge gegebenenfalls übernimmt.

Wie kann ich die elektronische Debattenplattform nutzen?

Zunächst musst du dich auf parteidebatte.die-linke.de registrieren. Wenn du in der zweiten und dritten Phase an Abstimmungen teilnehmen willst, musst du später noch das Stimmrecht beantragen (nur für LINKE-Mitglieder). Dazu senden wir Dir später eine Anleitung.

Wie funktioniert die Debatte auf der Online-Plattform?

In der Debattenplattform haben wir für die erste Phase die acht Leitfragen als Themen vorgegeben. In den weiteren Debattenphasen werden dann die einzelnen Kapitel des Wahlprogramms als Themen eingepflegt. Ihr könnt nun Vorschläge anlegen, die sich auf eine

oder mehrere der Leitfragen beziehen. Wenn Ihr eine Leitfrage auswählt, könnt ihr euch auch die Vorschläge anderer Nutzerinnen und Nutzer anschauen und auch dazu beispielsweise Änderungsvorschläge machen.

In der **zweiten und dritten Phase** könnt Ihr konkrete Änderungsvorschläge an den ersten bzw. zweiten Entwurferarbeiten.

In allen Phasen habt Ihr die Möglichkeit, die Beiträge anderer positiv, negativ oder neutral zu bewerten. Diese Bewertung ist noch keine Abstimmung, sondern lediglich eine Meinungsäußerung. Formale Abstimmungen sind in der zweiten und dritten Phase möglich.

Klingt kompliziert?

Ist es aber nicht. Auf parteidebatte.die-linke.de findet Ihr eine umfangreiche Dokumentation mit vielen praktischen Beispielen und Schritt-für-Schritt-Anleitungen, die euch den Einstieg in unsere Debattenplattform erleichtern. Wenn Euch das trotzdem zu kompliziert ist, ihr aber Eure Vorschläge in der Plattform veröffentlicht haben wollt, haben wir eine Alternative: Es wird demnächst ein Formular, das ihr einfach ausfüllen könnt. Die Bundesgeschäftsstelle übernimmt dann den Eintrag in der Online-Plattform für Euch. Gleiches gilt übrigens für Beschlüsse, Stellungnahmen und ähnliche Dokumente, die beispielsweise Parteigliederungen erarbeiten. Auf Wunsch stellen wir auch diese Dokumente auch in der Debattenplattform ein.

Wahlkampfunterstützung für Niedersachsen Hannover, 22. Oktober 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 20. Januar 2013 kämpft DIE LINKE um den Wiedereinzug in den Niedersächsischen Landtag. Wir sind die einzige Partei, die sich in diesem Land konsequent für Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzt. CDU und FDP haben in den vergangenen Jahren einen konsequenten Weg der Umverteilung von unten nach oben verfolgt. Im Bund wie auch im Land Niedersachsen kürzen sie bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern, kleinen Unternehmen, Erwerbslosen und Kranken. Auf der anderen Seite geben sie Milliarden für die Rettung von Banken und die Entlastung von großen Unternehmen,

Bestverdienenden und Vermögenden aus. Damit sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter öffnet, braucht es eine starke LINKE im Bund und in Niedersachsen. Wir kämpfen für Löhne und Renten, von denen man leben kann.

Die vergangenen fünf Jahre haben gezeigt, wie sehr DIE LINKE im Landtag gebraucht wird. Bei Themen wie Bildung und Energiewende haben wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegen die Mehrheit im Landtag vertreten. Wir kämpfen für integrierte Gesamtschulen und ein gebührenfreies Studium, damit die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr davon abhängen, ob ihre Eltern reich oder arm sind. Die Bildung – das Herzstück der

Landespolitik – hat unter CDU und FDP besonders gelitten. Beide Parteien bekämpfen Integrierte Gesamtschulen und halten an den Studiengebühren fest. Allerdings hat auch die SPD schon erklärt, die Studiengebühren nur abzuschaffen, wenn es der Haushalt zulässt. Nur mit einer starken LINKEN im Landtag ist also gewährleistet, dass Niedersachsens Universitäten nach der Wahl gebührenfrei werden.

Der Ausgang des Wahlkampfes in Niedersachsen ist aber auch enorm wichtig für die Bundestagswahl. Stellt euch vor, wir kommen wieder mit einem guten Ergebnis in den Landtag, was wir für eine Power und ein Selbstbewusstsein für die Bundestagswahl haben werden.

Unsere Wahlstrategie, auf deren Grundlage wir den Wahlkampf führen, haben wir verabschiedet. Ebenso laufen die Umsetzung der Plakatkampagne und die Erstellung unseres Wahlkampfmaterials.

Am 14. November erwarten wir die Plakatlieferungen, ab dem 20. November dürfen wir die Plakate aufhängen. Dafür brauchen wir eure solidarische Unterstützung aus allen Kreisverbänden in allen Landesverbän-

den. Insbesondere in der Zeit vom 2. bis 20. Januar hoffen wir auf eure Hilfe beim Verteilen der Wahlkampfzeitung und der flächendeckenden Anbringung der Wahlplakate. Aber auch in den Aktionen seid ihr herzlich willkommen.

Bitte meldet euch schnellstmöglich bei Tim Herudek (Tim.Herudek@die-linke.de, 030-24009481), wann und mit wie vielen Personen ihr zu uns kommen könnt. Wir organisieren hierüber zentral die Unterstützung unserer einzelnen Kreisverbände. Eure Hilfe ist von zentraler Wichtigkeit für unseren Wiedereinzug in den Niedersächsischen Landtag!

Giesela Brandes-Steggewentz, Landesvorsitzende und
Manfred Sohn, Landesvorsitzender

Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon 0511 - 92 45 910
Telefax 0511 - 92 45 911
landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de

Peter Sodann:

In den Bananenkisten des Westens liegt das Wissen des Ostens

Das sächsische Staucha war für GenossInnen und Sympathisantinnen aus dem Burgenlandkreis Ziel einer Bildungsfahrt der besonderen Art.

Von Maria Barsi

Hans Klitzschmöller vom Ortsverband Weißenfels hatte Tage zuvor noch Bauchgrummeln, ob er denn seinen Bus halbwegs so voll bekommen würde, dass die Kosten sich in erträglichem Maße halten würden. Er hatte unbedingt wieder mal was Gemeinsames unternehmen wollen. Und dann gingen mit ihm immerhin 36 Leute auf die Busfahrt zur Peter-Sodann-Bibliothek ins sächsische Staucha. Das durfte er getrost auch als Erfolg für sein Organisations- und Überredungstalent verbuchen. Mit auf die Reise gingen Neugierige zwischen Bad Kösen und der Elsteraue und Ida Brauer, die 40 Jahre lang als Kindergärtnerin in Bad Kösen arbeitete, verkürzte die

Fahrt aus dem Stegreif mit mancherlei Schnurren aus ihrer Zeit mit den Kindern.

Dass die Fahrt in diese einzigartige Bibliothek doch recht lang ist, ist ja dem Umstand zu verdanken, dass sich in Sachsen-Anhalt keine Kommune fand, die Sodanns Anliegen, Druckerzeugnisse von DDR-Verlagen und einen Teil der weggeworfenen Bücher von rund 20 000 Bibliotheken vor der Müllkippe beziehungsweise Verbrennungsanlage zu bewahren, als wirklich unterstützungswert erkannte. Die Stauchaer erkannten es, wenn auch durchaus auch aus eigenem Interesse. Denn sie hatten gerade mit viel Geld aus verschiedenen Töpfen ihr altes Rittergut saniert, noch

bevor sie sich über die Nutzungsmöglichkeiten so recht im Klaren waren. Sodann kaufte sich dort mit Geld aus dem Verkauf seines Elternhauses ein und hat nun genügend Platz für den Aufbau einer Bibliothek und eines Antiquariates, dessen Erlöse zu Ersterem beitragen. Dazu gibt es auf dem Hof eine schöne Markthalle, in der alle zwei Wochen überwiegend Produkte aus der Umgebung verkauft werden oder Ausstellungen stattfinden.

Peter Sodann (und auch die Markthändler und Imbissbetreiber) freuten sich über die Besucher und Sodann führte sie auch hinter Türen, die im Allgemeinen nicht offen stehen. Dann erst vermag man die

Größe der Aufgabe zu erahnen, der sich der Mann gestellt hat. Dort, wo an der sonnengelben Fassade Brechts "Fragen eines lesenden Arbeiters" und ein Zitat von Arthur Schopenhauer nachdenklich machen, stehen bereits Bücher über Bücher in hohen Metallregalen, liegen noch sehr, sehr viele in Bananenkisten aus stabiler Pappe. "In den Bananenkisten des Westens liegt das Wissen des Ostens", sagt Sodann lapidar und jeder kann sich selbst seinen Reim darauf machen. Dieser Satz übrigens soll von der Stirnseite seines noch zu bauenden Hoftheaters auf die Zuschauer wirken, denn er möchte auch auf diese Weise etwas dagegen tun, dass "das Volk dumm bleiben soll." Die für den Laien unvorstellbaren 250 000 Bücher wurden bereits katalogisiert. Was nicht als Einzel-exemplar in die Bibliotheks-sammlung aufgenommen wird, kommt ins Antiquariat im Nachbargebäude und kann dort von jedermann erworben werden. Und das sind beileibe nicht nur oft gelesene Bücher, sondern auch nagelneue, viele Kinderbücher darunter, Kunstbände und hochwertige Fotobücher. Denn das darf man nicht vergessen: auch wenn Sodann für seine vielen Bücher nun einen würdigen Unterschlupf gefunden hat, wartet noch immer ein sehr großer Teil des riesigen Bücherschatzes aufs Auspacken, Sortieren, Katalogisieren. Noch ist längst nicht alles davon wirklich gerettet. Dass da vieles im Ehrenamt geschehen muss, ist klar, dazu gibt es Unterstützung seitens der Gemeinde durch Bürgerarbeiter. Aber ohne Geld geht halt auch nichts voran. Da ließen sich die schwer beeindruckten Besucher



aus dem Burgenlandkreis nicht lumpen, spendeten reichlich und erwarben im Antiquariat auch das eine oder andere Buch, das sie schon immer mal haben wollten. Wer sich mit Bücherspenden am

Aufbau der Bibliothek beteiligen möchte, kann sich auch an Hans Klitzschmüller wenden, denn aus Weißenfels geht mehr oder weniger regelmäßig eine "Fuhre" nach Staucha.

Die Peter-Sodann-Bibliothek am Thomas-Müntzer-Platz 8, 01594 Staucha, ist montags bis freitags von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Tel.: 035268-94 95 74, 035268-85 98 31; E-Mail: psb-staucha@t-online.de

Der Basisverband Nord trauert um die
Genossin

Lotte Margraf

30.08.1926 – 17.10.2012

Wir werden ihr Andenken bewahren.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
25.10.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 08.11.2012

Bundesweiter Aktionstag zum Jahrestag des Bekanntwerdens der NSU-Mordserie

+++Das „Bündnis gegen das Schweigen“ ruft auf zum bundesweiten Aktionstag am 4. November 2012 unter dem Motto „Das Problem heißt Rassismus!“
+++ In mehr als 25 Städten werden bereits Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen organisiert +++

Für Sonntag, den 4. November 2012, ruft das Bündnis gegen das Schweigen zu einem auf bundesweiten Aktionstag auf. Die Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ jährt sich an diesem Tag zum ersten Mal. Unter dem Motto „Das Problem heißt Rassismus“ werden am 4. November in zahlreichen Städten Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden. „Wir wollen mit vielen Menschen in ganz Deutschland um die zehn Mordopfer und die vielen Verletzten des NSU-Terrors trauern. Die rassistische Mord- und Anschlagsserie ist eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik“, sagt Bündnis-sprecher Michael Gräfe.

Zivilgesellschaftliche Initiativen, Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen sowie Migrantenselbstorganisationen sind zugleich aufgerufen, am 4. November vor den Landesämtern für Verfassungsschutz oder den Innenministerien dagegen zu demonstrieren, dass die Behörden die Bemühungen zur Aufklärung der Verbrechen des rechten Terrornetzwerkes nicht unterstützen: „Wir fordern, dass die Politik strukturelle und weitreichende Konsequenzen aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden zieht“, betont Gräfe. „Das Vertrauen in den Staat ist bei vielen Migranten erschüttert.“ Aktionen sind bislang in mehr als 25 Städten angekündigt, darunter Berlin, Hamburg, Jena und Köln. Weitere Veranstaltungen sind in Planung. Zum Hintergrund:

Dutzende Initiativen und Einzelpersonen gründeten Anfang dieses Jahres das „Bündnis gegen das Schweigen“, um aus zivilgesellschaftlicher Perspektive einen kritischen Blick auf die rassistische Ermittlungspraxis zu richten und dabei auch die Perspektive der Hinterbliebenen einzubeziehen. Im Juni lud das Bündnis zu einem großen Hearing nach Berlin ein.

Den Wortlaut der beim Hearing verabschiedeten Resolution und eine Übersicht der Aktionen am 4. November 2012 finden Sie unter www.buendnis-gegen-das-schweigen.de.

Presseanfragen bitte an:

Michael Gräfe - 0179/5845589

Streik!

Politischer Streik - in Deutschland erlaubt oder verboten?

von Jürgen Butzkies, Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Saalekreis

Ein Streik kann sehr verschiedene Ziele haben. Politische Streiks sollen Parlamente und Regierungen unter Druck setzen, um bei deren Entscheidungen die Interessen der Streikenden zu berücksichtigen. Sie können zu Generalstreiks werden, die die Wirtschaft eines Landes lahmlegen, wie zum Beispiel der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920 in Deutschland.

Wegen der Erhöhung des Renteneintrittsalters oder gegen andere politische Entscheidungen streiken? Darf man das heute in Deutschland? Bei Wikipedia heißt es: „In Deutschland gibt es kein eigenes Gesetz, das ein Streikrecht erlaubt, sondern es ergibt sich aus der Koalitions- und Vereinsfreiheit, die im Grundgesetz in Art. 9 Abs. 3 GG festgelegt ist. ... Inwieweit Streiks zur Durchsetzung politischer Ziele zulässig sind, ist international verschieden geregelt und umstritten. In Deutschland werden politische Streiks als illegitim angesehen. Im Rahmen des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung stehen kurze politische Demonstrationstreiks nicht unter strafrechtlicher Sanktion wegen Nötigung eines Verfassungsorgans, sie können aber wegen Verletzung arbeitsvertraglicher Leistungspflicht einen zivilrechtlichen Schadensersatzanspruch des Arbeitgebers nach sich ziehen.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Streik>)

„Streiks als illegitim“ anzusehen, beruht in Deutschland nicht auf einem Gesetz sondern auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahre 1955. „Von den 27 Staaten der Europäischen Union ist der politische Streik nur in England, Österreich und Deutschland illegalisiert.“ (Wiesbadener Appell, <http://politischer-streik.de/>)

In Deutschland setzen sich verschiedene Initiativen für ein gesetzlich geregeltes Recht auf politische Streiks ein, insbesondere die Gewerkschaften, wie ver.di und die IG BAU, sowie die Partei DIE LINKE. Mit dem Wiesbadener Appell vom März 2012, engagieren sich zahlreiche Persönlichkeiten. Zu den Erstunterzeichnern des Appells gehören unter anderem Rudolf Dreßler (SPD) und Oskar Lafontaine (DIE LINKE) sowie zahlreiche aktive Gewerkschaftsmitglieder.

Zum Thema „Politischer Streik in Deutschland“ laden der Stadtverband Halle und der Kreisverband Saalekreis der LINKEN am 15. November 2012 im Kulturtreff Halle-Neustadt zu einem Vortrag und anschließender Diskussion ein. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr. Als Referent ist Veit Wilhelmy eingeladen. Er ist Gewerkschaftssekretär der IG BAU und seit längerem für ein Recht auf politische Streiks engagiert.